



03. April 2024

Postulat

von Yves Henz (GRÜNE)
und Martin Busekros (GRÜNE)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die von Aktionär*innen eingereichten Anträge, welche positive Klima- und Umweltauswirkungen beinhalten, an den Generalversammlungen der SNB öffentlich unterstützen kann.

Begründung:

Wir nähern uns mit rasantem Tempo der in Paris festgelegten 1.5-Grad-Grenze. Die letzten Monate waren geprägt von Notstandserklärungen in Chile und Spanien wegen verheerenden Waldbränden und Dürren, während bereits 2023 das heisseste je gemessene Jahr war.

Die SNB ist eine der grössten institutionellen Anlegerinnen der Welt, liegt aber in Umweltratings wie der Green Central Banking Scorecard jeweils weit hinter anderen europäischen Zentralbanken zurück. Auch zeigt ein kürzlich erschienener Bericht, dass die SNB über sieben Milliarden Franken in Firmen investiert, welche die besonders umweltschädliche Frackingtechnologie einsetzen. Fracking ist im Kanton Zürich verboten.

Im Pariser Abkommen wurde nicht nur die maximale Erhitzung festgelegt, sondern auch, dass alle Finanzflüsse mit diesem Klimaziel vereinbar sein müssten. Dies fordern nun auch die Aktionär*innen der SNB-Koalition ein (dazu gehören unter anderem der WWF, Campax, Fossil Free Schweiz und Greenpeace). Sie haben dafür drei Anträge an der Generalversammlung der SNB eingereicht und angekündigt, diese im gleichen Wortlaut auch in den folgenden Jahren einzureichen.

Die Anträge fordern mehr Transparenz, mehr Verantwortung vonseiten des Bankrates in Bezug auf Klima- und Umweltthemen und eine Erweiterung der personellen Kompetenzen in wichtigen Gremien der SNB. Der Inhalt der Anträge liegt im Kompetenzbereich der SNB.